Freitag, den 8. April 1921. I. Jahrgang. — Nr. 31

Oberschlesischer Wegweiser

für die Kreise Ratibor, Kosel und Leobschütz.

Bezugspreis: Vierteljährlich 12 Mk., monatlich 4 Mk. frei Haus inkl. wöchentlich erscheinender Unterhaltungsbeilage durch die Post. Einzelnummer 30 Pfg.

Herausgeber: Anton Rostek, Ratibor. Geschäftsstelle u. Redaktion: Ratibor, Gr. Vorstadtstr. 38. Fernruf: Amt Ratibor 854.

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags und der hohen Festtage. — Einrückungsgebühr: die 8-gespalt. Kleinzeile oder deren Raum 1 Mk. für Anzeigen von außerhalb 1,10 Mk. — Anzeigen im Reklameteil aus dem Industriebezirk die Zeile 3.— Mk., für auswärts 3 50 Mk.

Scharfe Abrechnung mit Deutschland.

Frankreich ist entschlossen mit Gewalt seinen Forderungen Geltung zu verschaffen.

Briand und die oberschlesische Frage.

Wir haben gestern den ersten Teil der hochbedeutsamen Rede Briands, die er im französischen Senat anläßlich der Debatte über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten gehalten hat, wiedergegeben. Heute lassen wir die weiteren Ausführungen Briands folgen:

Im weiteren Verlaufe seiner Rede führte Briand aus: „Deutschland versuche immer noch, List anzuwenden. So habe es geschehen, daß einer der Verbündeten vorübergehend beiseitestehe. Es habe deshalb bei ihm eine Propaganda getrieben, die würdig sei seiner Schwerfälligkeit und der Mißachtung, die es gegen andere Nationen habe. Aber Amerika habe die Wahrheit begriffen. Es habe erklärt, es stelle mit Vergnügen fest, daß Deutschland den guten Willen habe, seine Schuld zu bezahlen, weil es für den Krieg verantwortlich sei. 50 Jahre habe Deutschland die Macht bewundert, und nachdem es seine Truppen mit der Musik an der Spitze habe zurückkehren sehen, habe es geglaubt, es sei ein Opfer des Hungers und des bösen Geschickes geworden, sei aber nicht besiegt. Jetzt aber sehe es, daß fremde Truppen auf seinem Gebiete vormarschieren, und es bemerke, daß sich tatsächlich seit 1871 etwas geändert habe.

Alles, was Deutschland besitze, garantiere die Schuld. Sollten etwa diejenigen, die Frankreich Geld geliehen hätten, damit es sich verteidigen könne, nicht bezahlt werden, während diejenigen, die Deutschland Geld geliehen hätten, inzwischen bezahlt würden? (Lebhafter Beifall.) **Man werde Zwang anwenden, von dem auch die deutschen Großindustriellen nicht ausgeschlossen sein würden. Ein Teil der deutschen Bodenreichtümer müsse zur Zahlung herangezogen werden.** Allerdings **verstecke Deutschland seine Hilfsquellen.** Der entscheidende Augenblick nahe heran, **in dem Frankreich im Einverständnis mit seinen Verbündeten fest entschlossen sei, das letzte Wort zu haben.** Er beglückwünsche sich dazu, daß Frankreich bis jetzt Beweise von Geduld gegeben habe. Die Zwangsmaßnahmen seien mit Maß ausgeführt, aber mit der Sicherheit, die das gute Recht und das Vertrauen in die Zukunft geben. Er beklage das deutsche Volk. Es werde aber in kurzem erfahren, daß das Recht auf der Seite der Alliierten stehe, **und daß man entschlossen sei, zu seiner Forderung zu gelangen, wenn nötig mit Gewalt.**

Ministerpräsident Briand antwortete dann den verschiedenen Interpellanten, die zu Beginn der Sitzung zu Wort gekommen waren. Er sprach zuerst von den Beziehungen zu Sowjetrußland. Er glaube nicht, daß man mit einem juristisch nicht anerkannten Staate einen Vertrag abschließen könne. Rußland sei ein desorganisiertes Land ohne Transportmittel. Der Standpunkt Amerikas nähere sich dem Frankreichs. Er werde der Anregung nähertreten, ob man nicht gemeinsam mit den Vereinigten Staaten handeln könne.

Alsdann gab Briand eine Erklärung über die Orientfrage. Er verteidigte die französische Politik in Kleinasien. Er habe immer die Ansicht vertreten, daß die moralische Macht Frankreichs im Orient ihm Rechte zuerkenne und ihm Pflichten auferlege. Hinsichtlich der Verwaltung in Syrien werde er sich der Anregungen des Senators Jonnart bedienen.

Briand über die oberschlesische Frage.

Nachdem Francois Albert auf der Mittwochsitzung die Dringlichkeit der Regelung der oberschlesischen Frage insbesondere der Aufteilung der oberschlesischen Gebiete an Deutschland und Polen hingewiesen hatte, erklärte Briand, daß er gestern absichtlich nicht von Oberschlesien gesprochen habe, denn dieses Problem sei durch den Friedensvertrag geregelt, und es bedürfe kaum noch eines Kommentars. Er wolle nur bemerken, das seit der Volksabstimmung in Oberschlesien kaum 14 Tage vergangen seien, und daß der Interalliierte Ausschuß für Oberschlesien sich nicht nur mit der Kontrolle der Abstimmungsergebnisse, sondern auch mit Aufteilung Oberschlesiens beschäftigte und den alliierten Regierungen über seine Arbeiten ausführlich Bericht erstatten werde. Dies sei natürlich eine sehr große Arbeit, die gewisse Zeit erfordere. Die Tatsache, daß der Ausschuß die Abstimmungsergebnisse gemeindeweise nachprüfe und in jeder Gemeinde Einzelermittelungen anstelle, sei an sich kennzeichnend. Die französische Regierung hat eine schnelle Regelung der oberschlesischen Frage vor einigen Tagen verlangt. Man habe ihr geantwortet, daß diese Frage auf das Genaueste geregelt werden müsse, daß jedoch der Ausschuß in ungefähr 2—3 Tagen seine Arbeit beendet haben werde.

Oberschlesien wird geteilt.

Alsdann erklärte Briand weiter: Die deutsche Behauptung, Oberschlesien sei unteilbar und müsse bei Deutschland verbleiben, sei der deutsche Standpunkt, aber nicht der Standpunkt der Alliierten. Das Volk in Oberschlesien habe seine Absichten bekundet. Seinen Wünschen müsse in der Regelung der Frage Rechnung getragen werden. Weiter erklärte Briand denen, die da sagten, es sei vorteilhafter, das oberschlesische Gebiet müsse deutsch bleiben, damit Deutschland seinen Verpflichtungen in der Wiedergutmachungsfrage nachkommen könne, müsse geantwortet werden, daß Deutschland in den nächsten 15 Jahren, selbst, wenn die Industriegebiete an Polen fallen würden, die Kohlen aus dem Industriegebiet zu denselben Bedingungen wie bisher erhalten könne, und daß somit die Wiedergutmachungsfrage durch die Aufteilung Oberschlesiens nicht berührt werden könne.

Darauf verwahrte sich Briand energisch gegen die Ausführung der deutschen Note über die Politik Frankreichs in den zerstörten Gebieten. Nach dieser Erklärung wurde die allgemeine Debatte geschlossen und das Budget für auswärtige Angelegenheiten angenommen.

Die Reden Briands wurden mit großem Enthusiasmus aufgenommen und werden gedruckt unter die Bevölkerung verteilt.

Die deutschen Plebiszitmachinationen im Kreise Ratibor.

Studzienna. Vor der Abstimmung drohten die hiesigen Heimattreuen mit Ausbrennen der polnisch-gesinnten, Bauern, falls das Dorf eine polnische Mehrheit erhielte. Durch diese Drohung ließ sich mancher Aengstliche von der polnischen Wahl abschrecken. Ein mit Unterschriften hunderter hiesiger Einwohner versehener Protest legt gegen das Abstimmungsergebnis Verwahrung ein.

Cyprzanow. Den 19. 3. versammelte sich eine Stoßtrupplerbande, in der sich befanden A. Paris, J. Klyta, J. Konieczny und J. Anderski, vor dem hiesigen polnischen Plebiszitbüro, lärmte, beklebte die Fenster mit Agitationsaufschriften und zerschlug eine Fensterscheibe.

Pawlau. Einige Tage vor der Abstimmung erschien in Kuroczyks Gasthaus, wo beim Tabakwiegen eben viel Leute anwesend waren, der allgemein gefürchtete Stoßtruppler Rokus, ein Neger (!) aus dem hiesigen Dominium, begann in gemeinster Weise auf die Polen zu schimpfen und drohte, daß die Stoßtruppler nach der Abstimmung alle verjagen würden. Dieses Auftreten des Negers hatte zur Folge daß viele Leute aus Furcht nicht für Polen stimmten.

Rudersswald. Die Abstimmung stand hier unter unerhörtem deutschen Zwang. Der zum Wahlkomitee gehörende T. Rycka riß der M. Kudzelka den polnischen Stimmzettel aus der Hand u. stieß sie in die Wahlzelle nur mit der deutschen Karte. Die polnischen Mitglieder des Büros waren gegenüber dem Terror machtlos. Als sie gegen die Handlungsweise des R. protestierten wurden sie mit Korfanty-Jüngern, Agitatoren etc. beschimpft und mit Totschlag bedroht. Um 2 Uhr nachmittag erschien H. Wziontek mit großem Lärm im Wahllokal und drohte den polnischen Vorstandsmitgliedern, daß sie es verspüren sollen, daß sie von polnischer Seite sind. Obwohl die A. Placzek in der Stimmliste nicht eingetragen war, erlaubte ihr das deutsche Vorstandsmitglied Oslislo abzustimmen.

Boleslau. Der hiesige Pfarrer beeinflußte die Abstimmung zu Gunsten Deutschlands dadurch, daß er die Plebiszitverordnung des apostolischen Vertreters Ogno, in einem polenfeindlichen Sinn auslegte.

Markowitz. Sogar die liebe Schuljugend mußte in der deutschen Agitation mithelfen. Am 19. 3. trugen einige Schulkinder Bilder der hl. Hedwig mit einer Agitationsaufschrift aus, worin die Heilige zur Rettung Oberschlesiens für das protestantische Deutschland angerufen wird. Die Bilder hatten sie in der Pfarrei erhalten. Als einem Knaben einige Bilder abgenommen wurden, lief er entrüstet zur Pfarrei, um sich zu beschweren. Der Herr Pfarrer Edgar Wolf kann bekanntlich die Polen, von denen er so gut lebt, nur schwer vertragen. Ob ihm vielleicht die „besseren deutschen Katholiken" in Berlin und Umgegend nicht angenehmer und lieber wären? Einträglicher gewiß nicht.

Ratibor-Altendorf. Den 20. 3. früh fragte der hiesige Kaplan Janik ein Dienstmädchen in der Beichte (!), für wen sie stimmen werde. Als sie antwortete: für Deutschland, belobte er sie: Gut, verrate deine Mutter nicht!

Ostrog. Unerhörte Wahlbeeinflussung in der Beichte machte sich der Kaplan Schulz schuldig. Der Frau P. erzählte der brave deutsche Geistliche, der gern davon predigt, daß man für Nutz und Frommen der Religion seine Nationalität hintansetzen müsse, in der Beichte (!!) die häßlichsten Dinge über Polen, daß dort nichts zum Verdienen gäbe, daß die polnische Mark keinen Wert habe, von Ordnung keine Spur, das Volk sei furchtbar dumm etc. Die Frau P. war nach dieser sonderbaren Beichtbelehrung ganz verwirrt und aufgeregt.

Der waschechte Zentrumskaplan Schulz gehört zu den größten Feinden der Polen und ist umso gefährlicher, als er das Priesterkleid trägt, recht harmlos aussieht und bei seinen antipolnischen Machinationen so geschickt vorgeht, daß man ihn noch nicht zur Verantwortung ziehen konnte.

Deutscher Terror im Kreise Ratibor.

Zabelkau. In der Mordsache Ackerhalt u. Gerlach, die von gewissen Katholiken sofort den Polen zur Last gelegt worden ist, und dem Attentat auf den polnischgesinnten Hausbesitzer Lipski, erfahren wir durch den Stoßtruppler Dombrowski aus Haatsch, daß die Täter in beiden Fällen Banditen aus Haatsch waren. Ihr Führer ist ein gewisser Tylczek, der an der Spitze einer 200 Mann starken bewaffneten Bande steht. Ob die geschäftstüchtige „Rundschau" nun behaupten wird, daß aus dem urdeutschen Haatsch polnischer Terror ausgeht?

Ponientzütz. Am 25. 3. schlugen deutsche Stoßtruppler sämtliche Fensterscheiben im Haus des polnischgesinnten Golombek ein.

Ratibor. Den 3. 4. 8 Uhr abends hatten die „Heimattreuen Versammlung im Keilschen Bad. Dort fielen öffentlich folgende Bemerkungen: „Kollegen, wir werden die „Strzecha" in die Luft sprengen". — „Aber dort wohnen doch auch deutsche Leute." — „Na, die werden wir schon herausschleppen."

Rudnik. Unter Führung des Hauptlehrers Dombrowski betreiben die hiesigen „Heimattreuen" eine wüste Hetze gegen die polnischgesinnten Einwohner.

Hohenbirken. (Deutsche Waffenunterschiebung). Herr C., ein guter Pole, bekam ein 28 kg schweres Paket, das drei Karabiner enthielt. Ebenso wurde dem hiesigen Gemeindevorsteher ein Paket mit zwei Karabinern und sechs Handgranaten zugeschickt.

Die Bedeutung Polens für Europa in englischer Beleuchtung.

In der „Westmerland Gazette" finden wir äußerst charakteristische Ausführungen des Professors der Oxforder Universität B. J. Wilden Hart über die Bedeutung Polens für Europa. Der Oxforder Professor schreibt, daß ein großer und mächtiger polnischer Staat, der 35 Millionen Einwohner zählt, ein starkes Glied in der Kette der Staaten bilden wird, die sich den auf die Beherrschung des europäischen Kontinentes gerichteten deutschen Bestrebungen entgegenzustellen imstande sind.

„Es ist klar, schreibt wörtlich Prof. Hart, daß der Frieden Europas von der Macht der Pufferstaaten, von denen Polen der stärkste ist, abhängen wird." Deshalb muß auch nach der Ansicht dieses englischen Professors die Mißgunst der Verbündeten dem polnischen Staate gegenüber verschwinden, indem Polen diejenigen Länder zuerkannt werden, die sowohl aus ethnographischen als auch historischen Rücksichten zu ihm gehören. Der Grund des merkwürdigen Vorgehens der Alliierten liegt nach der Ansicht Prof. Harts in der polenfeindlichen Aktion der deutsch-jüdischen internationalen Finanzcliquen und in der ungenügenden Aufklärung der englischen Arbeiter über die wahre Lage. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß durch den Wiederanschluß Oberschlesiens an Polen in Zukunft die militärische Willkürherrschaft der Preußen zunichte gemacht wird.

Die Bedeutung, welche das kohlenreiche Oberschlesien für die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit Polens hat, ist wohl niemals deutlicher unterstrichen worden. Prof. Hart hat von neuem eine über alle Zweifel erhabene Wahrheit festgestellt, die sich jedem unparteiischen Beobachter mit zwingender Notwendigkeit aufdrängt, daß nämlich die Vereinigung des Kohlen- und Industriebezirkes in Oberschlesien mit der polnischen Republik die erste Bedingung eines wirtschaftlichen und politischen Gleichgewichtes auf dem europäischen Kontinente ist. Und nur Polen kann im Besitze der oberschlesischen Industriebezirke den Aufbau der großen osteuropäischen Staaten kräftig unterstützen und dadurch einen großen Schutzwall für die Zivilisation des Westens und für das britische Weltreich gegen die bolschewistische Gefahr, gegen das deutsche Mitteleuropa und gegen das unter deutschem Einflusse stehende Rußland aufrichten helfen.

Die „einwandfreie" Quelle.

Das Sondergericht in Oppeln hat vier deutsche Redakteure, welche am Tage vor der Abstimmung die falsche Nachricht von der Schließung der Warschauer Börse in ihren Blättern verbreitet haben, zu Gefängnis und Geldstrafen verurteilt. Der Urteilsspruch kommt symptomatische Bedeutung zu. Hier hat sich nämlich endlich eine Instanz gefunden, welche den wahren Wert gewisser halbamtlicher deutscher Meldungen festgenagelt hat.

Die falsche Meldung über die Schließung der Warschauer Börse stammte nämlich aus dem offiziösen deutschen Telegraphenbüro, welches als Organ der deutschen Regierung während des Krieges und nachher zahllose Falschmeldungen verbreitet hat. Die Nachricht erschien am Tage vor der Abstimmung. Sie war geeignet, in weiten Kreisen des oberschlesischen Volkes große Beunruhigung hervorzurufen, da hier fast jeder polnische Valuta angekauft hat und diese Bestände in die Millionen gehen. Die Meldung war ein gerissenes Abstimmungsmanöver, ebenso wie die zur selben Stunde ebenfalls von Wolff unter Berufung auf die „Schles. Ztg." verbreitete von dem angeblichen Ergebnis der Kattowitzer Beamtenabstimmung vom 13. März, die von der „Morgenpost" gleich am nächsten Tage auf Veranlassung des Kreiskontrolleurs Beuthen-Stadt widerrufen werden mußte. Auch diese Nachricht war falsch und von der Art, daß sie eine unerlaubte Beeinflussung der Wahlhandlung darstellte.

Die Unglaubwürdigkeit und Gefährlichkeit dieser Meldung muß doch auch von deutschen Redakteuren erkannt worden sein, wenn von der Unzahl deutscher Blätter gerade nur vier der Börsenmeldung Platz in ihren Spalten machten. Der Oppelner Urteilsspruch müßte endlich die Redakteure gegen sogenannte „gute" Quellen, die auf deutscher Seite während der Abstimmungszeit so üppig geflossen sind, ein für allemal unempfänglich machen.

Denn die Lügenbächlein der deutschen Regierung, ob offiziös ob nicht, werden ja verderbend noch weiter rinnen.

Ausland.

Graf Sforza Botschafter in London.

Rom, 7. April. Der „Resto del Carlino" verbreitet das Gerücht, Don Marino werde anstelle Sforza's Außenminister werden. Sforza geht als Botschafter nach London.

Die griechische Niederlage.

Paris, 7. April. Nach hier eingetroffenen Nachrichten steht die Lage für Griechenland ungünstig. Der „Temps" berichtet, daß die Türken die Griechen vollständig geworfen haben und daß sich die ganze griechische Armee auf dem Rückzuge befindet. Die Türken haben sehr gute Artillerie. Die türkische Offensive dauert noch fort.

Paris, 7. April. (Pat.) Die militärische Situation in Griechenland ist in ein kritisches Stadium getreten. Die griechischen Heere können vor Ankunft von Verstärkungen keine Offensive beginnen. Der griechische Präsident Gunaris hat sich mit einer Vermittlung Italiens einverstanden erklärt.

Konstantinopel, 7. April. Die Türken melden, daß die Griechen Afrion Karahissan geräumt haben und zu ihren Ausgangsstellungen zurückgekehrt sind.

Eine Kraftprobe des ungarischen Kabinetts

Budapest, 7. April. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wird Ministerpräsident Graf Teleki alle Einzelheiten und die Namen der Personen, die bei dem Plan als kompromittiert erscheinen, der Oeffentlichkeit ausliefern. Er wird aber dabei nach wie vor den Standpunkt vertreten, daß Exkaiser Karl der gekrönte König von Ungarn ist und es wird auf eine Kraftprobe mit den Antihabsburgern ankommen, die leicht zu Ungunsten des Kabinetts ausfallen kann.

Wien, 7. April. In Steinamanger glaubt man, daß der Aufenthalt des Exkönigs in Ungarn weitgehende politische Folgen nach sich ziehen werde. Oberst Lehar hat nicht nur seine Stelle als Distriktskommandant niedergelegt, sondern auch auf die Mitgliedschaft der nationalen Armee verzichtet. Obergespan Graf Zyraki hat heute demissioniert. Regierungskommissar Sygrai will seine Stelle gleichfalls niederlegen. Man glaubt, daß sich ähnliche Rückwirkungen auch in Budapest zeigen werden.

*

— **Kopenhagen**, 7. April. Einer Meldung aus Helsingfors zufolge ist die dortige Telegraphenagentur Nordost durch die Polizei geschlossen worden. Es ist festgestellt, daß Nordost ein bolschewistisches Propagandabüro war. Die Leiter der Agentur, die Russen Jordanski und Heindze wurden aus Finnland ausgewiesen. — In Helsingfors wurde gegen die Druckerei der Arbeiter ein Bombenanschlag verübt. Dies ist im Laufe der letzten drei Jahre der dritte Anschlag auf die Druckerei. Man nimmt an, daß es sich um Attentate von Kommunisten handelt.

Ein Orgeschoffizier erschossen.

Aus Gleiwitz berichtet die „Oberschl. Post": Gestern früh, 7 Uhr, verlangten 4 Beamte der Interalliierten Kommission in Begleitung eines städtischen Polizeibeamten Einlaß in die Wohnung des Landgerichtsrates K., wohnhaft Mühlstr. 10, um nach einem gewissen **Dobrzynski** zu forschen, der angeblich dort vorübergehend wohnen sollte. Die Beamten traten ein und forderten D. auf, die Türe seines Zimmers zu öffnen. Da D. sich weigerte, wurde er noch einmal im Namen des Gesetzes aufgefordert, die Tür zu öffnen, widrigenfalls Gewalt angewendet würde. Daraufhin öffnete nun D. die Tür und stellte sich dem zuerst eintretenden Beamten mit der Schußwaffe entgegen. Der Beamte rief ihm nun zu: „Schießen Sie nicht, es handelt sich hier um eine gesetzliche Verhaftung." D. schoß trotzdem los und verwundete den französischen Kriminalbeamten B. schwer, der sogleich zu Boden fiel. Dobrzynski lief darauf auf den Verwundeten einige Schritte zu und gab weitere 4 Schüsse auf ihn ab. In dem Augenblick, als D. gegen einen weiteren Beamten, der hinter dem Piano gerade Deckung genommen hatte, einen Schuß abgab, der das Piano streifte, wurde er durch den Beamten tödlich verwundet. Die Verwundeten wurden hierauf in das französische Spital geschafft. Dobrzynski starb unterwegs.

Mit Dobrzynski ist einer der gefährlichsten Hauptführer der in Oberschlesien weit verzweigten „Selbstschutzorganisation" (Orgesch) unschädlich gemacht worden. Man muß allgemein dem unerschrockenen Verhalten und der unentwegten Aufdeckungsarbeit der Beamten der Interalliierten Behörde in Gleiwitz Dank und Anerkennung zollen. Denn sie haben furchtbare Gewaltpläne der Orgeschbanditen durchkreuzt und uns vor unabsehbarem Unheil bewahrt. Dem tapferen französischen Beamten, der bei der treuen Pflichterfüllung sehr schwere Verwundungen davontrug, wünschen wir baldige Genesung.

Die „Oberschlesische Volksstimme" berichtet, daß der Erschossene der ehemalige deutsche Kapitänleutnant von Demming ist. Vier Herren der Interalliierten Kommission, Staatskommissar Debroiski, Bade, Kins und Scheppler fuhren in einem Auto auf der Polizeiwache 1, Mühlstraße, vor und verlangten einen Beamten der blauen Polizei, der die Verhaftung von Demmings erwirken sollte. Polizeiwachtmeister Kaiser wurde hierzu den französischen Beamten beigegeben. Von der Polizei fuhr das Auto durch die Niederwallstraße nach der Großen Mühlstraße vor das Haus Nr. 10. Die Beamten begaben sich in das Haus und verlangten Einlaß in das Zimmer des Festzunehmenden. Dieser verweigerte zunächst die Oeffnung der Türe. Nach mehrmaliger Aufforderung wurde die Türe geöffnet. Demming rief: „Raus mit den Zivilisten" und feuerte aus seiner Pistole auf die französischen Beamten, von denen drei getroffen wurden. Einem französischen Beamten gelang es, mehrere Schüsse auf den Demming abzugeben, wodurch dieser so schwer verletzt wurde, daß er auf dem Wege nach dem städtischen Krankenhause starb. Die anderen Verwundeten wurden mit einem französischen Automobil in das Hospital auf der Schröterstraße geschafft. Die erste ärztliche Hilfe leistete Sanitätsrat Dr. Schäfer.

Zu diesem Vorfall wird uns weiterhin gemeldet, daß von Demming sich noch im März unter dem Namen **Dudek** in Oberschlesien verborgen hielt. Als dann die Orgeschorganisation in Gleiwitz aufgedeckt wurde, ist er verschwunden und kam unter dem Namen Dobrzynski als Emigrant nach Gleiwitz zurück. Hier hat ihn nun sein Schicksal erreicht.

Aus aller Welt.

× **Kommunistische Rädelsführer werden standrechtlich erschossen.** In Schraplau ist einer der Haupträdelsführer der Kommunisten, der Steinbrucharbeiter Reinhard Poblenz mit fünf seiner Genossen standrechtlich erschossen worden. Der Kommunistenführer Kurt Franke in Sangershausen, einer der Hauptanstifter des Sangerhausenschen Aufruhrs, wurde auf der Flucht in Naumburg verhaftet. Der Eisenbahnverkehr im Bezirk Halle ist bei den bisher gestört gewesenen Strecken wieder in vollem Umfange aufgenommen worden. An der Eisenbahnlinie Halle—Eisleben wurde ein an der Eisenbahnbrücke gelegenes Telegraphenhäuschen zerstört und die Leitung unbrauchbar gemacht. Auch an anderen Stellen wurde auf die Halle—Eilenburger Eisenbahnlinie ein neues Attentat versucht, das von der Schutzpolizei rechtzeitig abgewehrt werden konnte. Die Verbrecher aber konnten leider entkommen. In Rothenburg an der Saale wurde die Gemeindekasse geplündert. Der kommunistische Hallesche Stadtverordnete Osterburg ist, wie die „Hallesche Allgemeine Zeitung" erfährt, flüchtig, da gegen ihn ein Haftbefehl wegen Waffenverschiebung erlassen wurde.

× **Massenausbruch aus einer Verbrecherkolonie.** Aus der Strafkolonie Wirsmoor (Oldenburg), in der aus preußischen Zuchthäusern Schwerverbrecher zu Zwangsarbeiten untergebracht waren, sind in der Nacht zum Sonntag zwanzig Schwerverbrecher entsprungen, nachdem sie die Aufsichtsbeamten überwältigt hatten. Von den Entsprungenen wurde in der Nähe von Darmstadt einer wiederergriffen, der wegen Totschlags zu Zuchthaus verurteilt worden war. Von den übrigen hat man noch keine Spur.

× **Eine halbe Million Mark veruntreut.** Durch Unterschlagungen und Fälschungen schädigte der früher bei der hiesigen Landschaft beschäftigte Kassenassistent Ernst Meinecke aus Braunschweig die Staatskasse um die Summe von einer halben Million Mark. Der flüchtige Defraudant wird steckbrieflich verfolgt. Die unterschlagene Summe hat Meinecke zum Teil in leichtsinniger Weise verbraucht und den Rest in Sicherheit gebracht.

)(**Verhaftungen in Breslau.** Der Polizei gelang es, verborgen gehaltene Sprengstoffe zu ermitteln und zu beschlagnahmen. Durch einen Zufall gelangte sie außerdem in den Besitz von Schriftstücken, auf Grund deren sie eine große Anzahl von Personen verhaftete. Bisher sind ungefähr 56 Personen festgenommen worden, darunter zehn Personen aus der Provinz.

)(**Drei Millionen Kronen für Haftentlassung.** Aus Wien wird gemeldet: Der Schlachthausdirektor Halsmayer, der vor etwa einem Monat wegen Betruges und Preistreiberei verhaftet wurde, ist jetzt gegen Stellung einer Kaution von drei Millionen Kronen aus dem Gerichtsgefängnis entlassen worden.

)(**Frankreich hilft mit Kohlen aus.** Das „Echo de Paris" meldet aus Le Havre, daß am 2. April die ersten Kohlenlieferungen Frankreichs an England mit 12 500 Tonnen nach Portsmouth verschifft worden sind.

)(**Der englische Munitionsminister, Lord Inverforth**, ist von seinem nun überflüssig gewordenen Posten zurückgetreten und hat sich wieder seinem früheren bürgerlichen Beruf zugewendet. Lord Inverforth, der Andrew Weir hieß, ehe er in das Haus der Lords berufen wurde, hat eine interessante Laufbahn gehabt. Er war als junger Mann ein kleiner Angestellter in einer Reederei und schlug sich recht und schlecht durchs Leben. Aber nach einigen Jahren gelang ihm mit Hilfe eines bescheidenen Kapitals, daß ihm Fremde zur Verfügung stellten, die Gründung einer eigenen Reederei, die bald einen großen Aufschwung nahm. Die Firma Andrew Weir u. Co. wurde in ganz England bekannt und erhielt für ihre Werft in Southampton Aufträge auf Kriegsschiffe. Während des Krieges wurde er zum Pair von England ernannt und bald darauf vom König zum Munitionsminister vorgeschlagen. Er übernimmt jetzt wieder die Leitung seiner Reederei.

)(**Ein neuer Aufstand in Kronstadt.** Die „Basler Nationalztg." meldet aus Helsingfors: In den Forts von Kronstadt ist ein weiterer Aufstand ausgebrochen. Die Petersburger Garnison hat Verstärkungen von zwei Regimentern erhalten, da man bestimmt mit der Möglichkeit weiterer Erhebungen in der Arbeiterschaft rechnet.

)(**Die Villa Ciceros aufgefunden.** Auf dem Colle della Finestre bei Rom wurden die Ruinen der Villa Cicero aufgefunden.

)(**D'Annunzio — Parlamentskandidat.** Wie die römischen Zeitungen melden, beabsichtigt D'Annunzio sich für die Neuwahlen in den Abruzzen als Kandidaten aufstellen zu lassen.

Niederlage der Bolschewisten in der Ukraine. Nachrichten aus Tarnopol melden, daß die Aufständischen in der Ukraine mehrere große Erfolge errungen haben. Die bolschewistische Regierung ist verjagt, und die ukrainische Autorität wieder hergestellt worden.

Vor der Ausrufung der rheinischen Republik.

Köln, 7. April. Ueber die geplante Ausrufung der rheinischen Republik im Industriebezirk von Moers bringt die „Sozialistische Republik", das hiesige Organ der Kommunisten, weitere Aufklärungen. Danach hat eine Anzahl von Vertretern der Arbeiter des **Kruppschen** Werkes in Rheinhausen und verschiedener Zechen tatsächlich sich für die Errichtung einer rheinischen Republik ausgesprochen. Sie brachten dies in einer Resolution zum Ausdruck. Führer der Bewegung waren der Syndikalist Thomas Walter und Dr. Gabriel, beide aus Krefeld.

Gespräche mit Urmenschen.

In den unermeßlichen Urwäldern Südsumatras lebt noch ein armseliges Völkchen, die Kubus, genau so, wie vor Jahrtausenden der Urmensch lebte. Zehntausende von Quadratkilometern zwischen dem menschenleeren Hochgebirge der Westküste und den unbewohnbaren Sumpfwäldern der Ostküste Sumatras sind ihr unbestrittenes Reich, und da sie von der Außenwelt völlig abgeschlossen sind, haben sie sich in ihrer Ursprünglichkeit erhalten, ein paar tausend Seelen in dem unermeßlichen Gebiet. Nomadisch durchstreifen sie den Urwald; nur in der Nähe der an den Flüssen wohnenden viel höher stehenden Malaier haben sie sich zu kleinen Horden zusammengetan, aber auch die größten derartigen „Dörfer" umfassen nur ganz wenige Männer und Frauen. Gewöhnlich weilt jede der für sich lebenden einzelnen Familien nur eine Nacht an demselben Ort unter einem dünnen Windschirm, den sie mit Palmstroh decken. Die Nahrungssuche in dem kargen Urwald nimmt ihre ganze Zeit und ihr ganzes Interesse vollauf in Anspruch; alles essen sie, was nur noch genießbar ist: Früchte und Beeren, Wurzeln und Knollen, Eidechsen, Frösche, Raupen und fette Käferlarven. Jagd und Fischfang kommt für sie nicht in Betracht, da sie keine Waffen oder Geräte haben. Wahllos brechen sie durch das Dickicht hindurch wie die Affen, die auf den Wipfeln der Bäume hausen, und wie diese steigen sie die glattesten Stämme empor. Sie haben sich darin eine erstaunliche Geschicklichkeit erworben, treiben mit einfachen Holzkeulen spitze Holzpflöcke etwa halbmeterweit voneinander in den Stamm und klettern auf diesen „Knoblleitern" in die höchsten Kronen. Im Ganzen stehen sie noch in der „Holzzeit" und leben fast wie die Menschenaffen über ihnen. Schwer ist der tägliche Kampf um das bißchen Leben, groß die Kindersterblichkeit, kurz das Dasein. Kein Kubu wird wohl älter als 30 Jahre; mit 20 Jahren ist er bereits alt. Der Urwald ist ihr Herr, ihr strenger Herr, der sie auf diese tiefen Entwicklungsstufe festhält. Er gibt ihnen nur so karge Nahrung, daß sie ohne Unterlaß sich der Nahrungssuche hingeben müssen; er bietet keine Abwechslung, seit Jahrtausenden ist er derselbe, und so gibt er auch dem hier lebenden Menschen keine Gelegenheit, sich geistig zu entwickeln. Der Kubu, der nur auf seine Frau und seine Kinder geistig angewiesen ist, ist zwar überaus friedfertig, denn er besitzt keine Waffen, stiehlt und lügt nicht, denn es gibt nichts zu stehlen und zu lügen, muß monogam leben, weil er höchstens eine Frau findet, aber diese „paradiesischen Zustände" liegen dem Tierischen näher als dem Menschlichen. Die ganze Primitivität dieser Urmenschen erkennt man an ihrem geistigen Leben, das Volz eingehend untersucht hat.

Die Kubus sind außerordentlich scheu und furchtsam; ihre Sprache ist überaus arm an Worten und Begriffen, und sie haben eine unglaubliche Schwerfälligkeit des Denkens, sodaß man nur mit den einfachsten Fragen etwas aus ihnen herauslocken kann. „Man macht sich keine Vorstellung davon," sagt Volz, „was für eine unglaubliche Anstrengung das Denken für einen Kubu ist; des öfteren ist es mir passiert, daß sie bei längerem Ausfragen vor geistiger Erschöpfung zu weinen anfingen, daß ihnen die Tränen über die Backen liefen, Männlein und Weiblein." Volz wollte feststellen, ob sie irgendwelche bewußten Vorstellungen von höheren Wesen hätten. Er suchte daher in langen mühseligen Gesprächen herauszubekommen, ob sie den Begriff des Gruselns kennen, der ja den Glauben an Wesen außerhalb der Menschheit voraussetzt. Aber die Kubus hatten sich nie gefürchtet: sie kennen jede Erscheinung und jedes Geräusch des Urwaldes und erklärten, nie etwas Unbekanntes, Furchterregendes gesehen zu haben. Ebensowenig hatten sie sich je Gedanken über die Erscheinung des Todes gemacht. Volz fragte: „Hast Du schon einmal einen toten Menschen gesehen?" „Ja." „Kann er gehen?" „Nein." „Aber er hat doch Beine?" Ein Achselzucken. „Er hat jedes Glied, gerade wie Du, und kann es nicht bewegen, woher kommt das?" „Weil er tot ist." „Aber warum kann er sich nicht bewegen?" „Ich weiß nicht." „Der Tote muß doch irgendwie vom Lebenden sich unterscheiden?" „Er atmet nicht." „Aber was ist der Atem?" „Wind." „Wenn Du dem Toten in den Mund bläst, kann er sich dann bewegen?" „Nein." „Warum nicht?" „Weil sein Atem fort ist." „Was ist der Atem?" „Wind." So bewegten sich die Antworten der Kubus immer im Kreise, und irgendeine Ahnung von dem Begriff der Seele war bei ihm nicht zu entdecken. Ganz so resultatlos verliefen alle Gespräche über Donner und Blitz, über Regen und alles Mögliche. Sie haben eine ausgezeichnete nüchterne Naturbeobachtung, aber über höhere Dinge sind ihnen noch nicht die leisesten Gedanken aufgestiegen. Sie leben religionslos und lassen, wenn jemand stirbt, die Leiche einfach liegen und ziehen weiter.

Bis zum Todsiegen!

Im Weltkriege gab es vielfach Momente, die der Zeit nach der Volksabstimmung sehr ähnlich waren. Nach der Schlacht am Skagerrak flaggte man in Berlin und ließ die Schulen ausfallen. In London ließ man ebenfalls die Fahnen flattern und feierte den Sieg der englischen Flotte. Nach der Volksabstimmung in Oberschlesien gab es Dankerlasse in Berlin, ein feierliches Tedeum in Warschau. Die deutschen Flaggen, die man aus Anlaß des Sieges am Skagerrak in Berlin heraushängte, wurden schließlich eingezogen, weil inzwischen die Situation allmählich recht böse geworden war. Die Flaggen, die der oberschlesischen Abstimmung zu Ehren aufgezogen waren, wehen vor der Hand noch. Allerdings bröckelt die Berliner Siegesstimmung allmählich auch schon ab, aber im allgemeinen weiß man in Deutschland vorzüglich den Sieger zu markieren.

Hierbei kommt die erstaunliche Technik, die die deutsche Presse im Belügen des eigenen Volkes im Kriege erworben hatte, zu voller Geltung. Von 1914 bis zum Sommer 1918 gab es in Deutschland Sieg auf Sieg. Die billigen Lorbeeren, die das waffenstarrende Deutschland über das wehrlose, im tiefsten Frieden daliegende Belgien errungen hatte, leiteten die große Siegestragikomödie Deutschlands ein. Später kam es anders. Ueber die grane Not des Weltkrieges sollten von allen Fronten gemeldete Siege das Volk hinwegtäuschen und ihm ein baldiges siegreiches Ende glaubhaft machen. So siegte man fort — bis man im Juli 1918 sich totgesiegt hatte.

Das deutsche Volk ist an seinem Unglück selber schuld. Es hat sich belügen lassen und hat bis jetzt noch nicht erkannt, daß es belogen wurde. Und auch jetzt läßt es sich noch belügen.

Was bedeuten die Berliner Flaggen am Tage nach der Abstimmung? Die öffentliche Irreführung genau wie im Weltkriege. Während der ganzen langen Abstimmungsmonate vom Februar 1920 ab wurde die deutsche öffentliche Meinung über die Lage in Oberschlesien „aufgeklärt". Auf Grund der Berichte der deutschen Presse mußte ein durchschnittlicher deutscher Staatsbürger sich folgendes Bild von Oberschlesien machen: es war und ist ein kerndeutsches Land. Das wirkliche polnische Element besteht aus wenigen landfremden terrorisierenden Banditen. Die große Menge des „wasserpolnisch" sprechenden Volkes ist dagegen treudeutsch und wird durch die „Großpolen" in schlimmster Weise bedrängt. Die wenigen Anhänger der polnischen Sache stammen aus Kongreßpolen und Posen und sind bezahlte Agitatoren, die nur der Taschenfüllung wegen hergekommen sind. — So ungefähr lassen sich die deutschen Presseberichte aus Oberschlesien zusammenfassen.

Die deutschen offiziellen Stellen beteiligten sich natürlich in hervorragender Weise daran, den deutschen Bürgern den Sieg in Oberschlesien recht greifbar in die Nähe zu rücken und die polnische Bevölkerung in Oberschlesien verächtlich zu machen. Ja, die Siegespsychose griff selbst auf Oberschlesien und die hiesigen deutschen Führer hinüber. Und zwar besonders von dem Augenblick an, als man die Gewißheit hatte, daß 200 000 Fremdlinge, die man im Polenhaß gedrillt hatte und denen man unter Ausnutzung einer unscharf gefaßten Stelle des Friedensvertrages das Abstimmungsrecht erschlichen hatte, nach Oberschlesien kommen würden.

Der Herr Landrat Lukaschek, der Leiter der deutschen Abstimmungsaktion umschrieb kurz vor der Abstimmung die deutschen Abstimmungsabsichten. In einer öffentlichen Auslassung tat er sehr siegesbewußt und bezeichnete die polnischen Hoffnungen selbst auf die Kreise Pleß und Rybnik als lächerlich. Gerade in diesen Kreisen, orakelte Herr Lukaschek, würden die Polen am 21. März „ein fürchterliches Erwachen" erleben. Ganz zu schweigen von dem Industriegebiet und den anderen ländlichen Kreisen. Ueber diese sprach sich der gestrenge Herr Landrat einige Tage vor der Abstimmung einem Vertreter der „Chicago Tribune" gegenüber folgendermaßen aus: Ungewiß sind für Deutschland nur winzige Teile südlich Kattowitz und ein Teil des Kreises Pleß. In den Kreisen Kreuzburg, Lublinitz, Rosenberg, Tarnowitz, Oppeln, Groß-Strehlitz, Neustadt, Leobschütz, Ratibor, Kosel und Gleiwitz ist die deutsche Mehrheit überwältigend. In den Kreisen Beuthen, Kattowitz, Hindenburg ist die deutsche Mehrheit sicher. In Rybnik sind 60 Prozent deutscher Stimmen sicher.

So hoch waren die deutschen Hoffnungen gespannt. Das Ergebnis war aber ganz anders, als wie es Herr Lukaschek sich ausgemalt hatte. Selbst in den Industriekreisen, die mit den überwiegend deutschen Städten dicht besät sind und wohin man tausende der bezahlten Emigranten geworfen hatte, selbst in diesen Kreisen konnte der Eindruck nicht verwischt werden, daß das Land mit den vielen kleinen Industriesiedelungen polnisch ist, und daß dieses polnische Meer nur ein paar deutsche Inseln umschließt. Bis an die Oder erstreckt sich der geschlossene polnische Mehrheitsbezirk. Dieser Sieg des polnischen Elementes muß um so höher bewertet werden, als er geschah:

Trotz 600jähriger Fremdherrschaft in Oberschlesien, während der der nationale Gedanke nicht aufkommen konnte.

Trotz der künstlichen, aber tiefen Trennung des oberschlesischen Volkes von seinem Stamme.

Trotz der Tatsache, daß der nationale Gedanke erst seit einigen Jahrzehnten in Oberschlesien wach geworden ist.

Trotz der rücksichtslosen deutschen Ausrottungspolitik, die mit aller Macht germanisierte und sich dabei des sozialen Druckes bediente.

Trotz der sozialen Knechtung Oberschlesiens, die durch die preußische Regierung so gestaltet wurde, daß die breite Masse des oberschlesischen Volkes seit jeher nur zum Arbeitstier herabgewürdigt war.

Trotz des Umstandes, daß infolge dieser Kulturpolitik der deutschen Regierung dem oberschlesischen Volke vielfach die Führer fehlten.

Trotz der unerhörten Agitation, die durch die unberührt während der Abstimmungsmonate hier belassenen deutschen Behörden und Schulen entfaltet wurde.

Trotz der deutschen Kampfmethoden, die vor Verbreitung gefälschter polnischer Zeitungen und Banknoten (nach dem Vorbild Friedrichs des „Großen") nicht zurückschreckten.

Trotz der Berliner Abstimmungsmillionen, die man mit vollen Händen umherwarf.

Trotz der Tatsache, daß der Staat Polen infolge der deutschen Zerstörungen sich noch in Schwierigkeiten befindet.

Trotz alledem wurden eine halbe Million Stimmen **vollgültiger Bewohner** Oberschlesiens, die zum allergrößten Teil Familien (im Gegensatz zu den Emigranten, die nur eine Person vertreten) repräsentieren, für Polen abgegeben. Das ist das Ergebnis der Abstimmung. Nicht nur in faktischer, sondern auch in moralischer Hinsicht ist die Abstimmung ein Sieg des politisch und sozial niedergedrückten oberschlesisch-polnischen Volkes.

Berlin hat Fahnen wehen lassen. Der deutsche Sieg in Oberschlesien wurde gefeiert. Dankerlasse schwirren durch die Luft. Die Zeitungen sind voll des Siegesrausches.

Laßt sie siegen, Landsleute! Auch in Oberschlesien wird Berlin sich totsiegen. Auch die aus Anlaß der Abstimmung in Berlin flatternden Fahnen werden gleich denen vom Skagerrak schließlich auf Halbmast sinken.

Eine poln. Nationalbibliothek in Oberschlesien

Polnische Publizisten und Journalisten haben beschlossen, der oberschlesischen Bevölkerung ein besonderes wertvolles Geschenk zu übermitteln, um den Grundstein zu der ersten großen Nationalbibliothek in Oberschlesien zu legen. Im Verein polnischer Journalisten in Warschau wird gegenwärtig ein Vorbereitungsausschuß für die Schaffung dieser polnischen Bibliothek gegründet. Dieser Ausschuß hat sich in einem Aufruf an alle polnischen Publizisten, Journalisten sowie an alle Personen, die wissenschaftlich und künstlerisch tätig sind, mit der Bitte um Ueberlassung von Bücherspenden gewendet.

Nette deutsche Plebiszitbeamte.

Kosel, 7. April. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist der Bürochef des deutschen Plebiszitunterkommissariats Kosel, der ehemalige Hauptmann Löffler nach Unterschlagung von 60 000 Mark spurlos verschwunden.

Nette Gesellschaft!

*

(!) Verbot der Teilnahme am Provinziallandtag! Das Departement des Innern bei der Interalliierten Kommission hat den im Abstimmungsgebiet wohnenden Abgeordneten die Teilnahme an der vor einigen Tagen begonnenen Tagung des Provinziallandtages in Breslau verboten.

Neue Waffenbeschlagnahme.

Beuthen 7. April. Am 1. April wurden bei dem in der Gymnasialstraße 9 wohnenden Waisenhausvorsteher Franz Samol folgende Waffen beschlagnahmt:

5 Karabiner,
10 Seitengewehre,
151 S-Patronen,
1 Handgranate
1 Dolch,
3 Säbel,
1 Revolver,
1 Leuchtpistole.

Joffe über die Wichtigkeit des polnisch-russischen Friedens.

Petersburg, 7. April. (Pat.) „Krasnaja Gazeta" veröffentlicht einen Artikel Joffes, des Vorsitzenden der russischen Friedensdelegation in Riga, in welchem Joffe die wirtschaftliche Bedeutung für beide Länder hervorhebt. Rußland rechnet auf polnische Ware, besonders auf Lodzer Textilerzeugnisse. Diese Waren genügen jedoch Rußland nicht, deshalb wird Rußland desgleichen Waren aus Deutschland und zwar auf dem Wege durch Polen beziehen. Joffe stellt fest, daß diese Vermittlung Polen große Vorteile bringen werde.

Italien klagt Deutschland an.

Lugano, 7. April. Die italienischen Tagesblätter veröffentlichen Auszüge aus dem Bericht der königl. Untersuchungskommission unter Vorsitz des Professors Motara über die feindlichen Völkerrechtsverletzungen gegenüber Italien. In den 7 Bänden von je 700 Seiten werden namentlich Deutschland und den deutschen Soldaten die schwersten systematisch ausgeführten Verbrechen zur Last gelegt. Schon vor der italienischen Kriegserklärung an Deutschland am 28. August 1916 habe Deutschland Oesterreich völkerrechtswidrig mit Waffen und Truppen unterstützt. Zum Schluß heißt es: Der von Deutschland Italien zugefügte Schaden ist entsetzlich und es bleibt unbegreiflich, warum sein Umfang so gering geschätzt wird.

Deutschland muß die Kolonien aufbauen.

London, 7. April. Die „Daily Mail" hört, beabsichtigt Churchill deutsche Entschädigungen für die Kolonien nutzbar zu machen. Deutschland könne z. B. gezwungen werden, Material für leichte Eisenbahnen für Ostafrika zu liefern. Ein Verzeichnis aller in Betracht kommenden Waren wird bereits angefertigt.

Amerika als Deutschlands Richter.

London, 7. April. Aus Newyork wird gemeldet: Gelegentlich der Besprechung der deutschen Denkschrift an Amerika sagte der „New York Herald", daß irgend ein Dritter als Richter auftreten müsse, um Deutschlands **Zahlungsfähigkeit** abzuschätzen.

Die Rückgabe polnischer Kunstschätze.

Wien, 7. April. Der polnische Bevollmächtigte in Wien Dr. Twardowski hat mehrere polnische Gemälde, unter ihnen den „Rejtan" von Matejko in Empfang genommen. Diese Kunstschätze sind bereits nach Polen unterwegs.

Polen und Danzig.

Danzig, 7. April. (Pat.) Zwecks Fortsetzung weiterer wirtschaftlicher Verhandlungen zwischen Danzig und Polen sind nach Warschau als Vertreter Danzigs Senator Jewelowski und Senator Volkmann abgereist.

Neue polnische Geschäftsträger

Warschau, 7. April. Der Staatspräsident hat durch Verfügung vom 24. März den bisherigen Unterstaatssekretär Dr. Wl. Wroblewski zum Geschäftsträger und bevollmächtigten Minister 1. Klasse bei der königl. britischen Regierung ernannt. Durch Verfügung vom gleichen Tage ist Stanisław Patek, ehemaliger Minister des Auswärtigen, zum Geschäftsträger und bevollmächtigten Minister 1. Klasse bei der kaiserl. japanischen Regierung ernannt worden. Dr. Zygmunt Lasocki ist gleichzeitig zum Geschäftsträger und bevollmächtigten Minister 2. Klasse bei der Regierung der tschecho-slovakischen Republik vom Staatspräsidenten ernannt worden.

Eine Kundgebung Lembergs für Oberschlesien.

Lemberg, 7. April. (Pat.) Am Montag fand in Lemberg eine großartige Kundgebung für Oberschlesien statt.

Die Auslieferungsfrage.

London, 7. April. Bottomley hat im Unterhaus gefragt, ob im Völkerbund ein Versuch gemacht worden sei, um einen Druck auf Holland bezüglich der Auslieferung des deutschen Kaisers auszuüben und ob die Bestimmungen des Völkerbundvertrages ein weiteres Verbleiben einer solch widerspenstigen Nation zulassen.

Neuer Arbeiterausstand.

Berlin, 7. April. Die Arbeiter der städtischen Gaswerke Charlottenburg sind trotz Abratens der Betriebsräte in den Ausstand getreten. Notstandsarbeiten werden von den Arbeitern selbst verrichtet. Man versucht, die Arbeiter zu bewegen, daß sie morgen früh geschlossen die Arbeit wieder aufnehmen.

Landarbeiterstreik in Pommern

Swinemünde, 7. April. Der Landarbeiterstreik auf der Insel Usedom, der bisher nur wenige Güter umfaßt hat, hat an Ausdehnung zugenommen. Es wird jetzt auf 10 Gütern gestreikt. Alle Verhandlungen waren bisher resultatlos. Die Aufsichtsbehörde hat das Einsetzen der technischen Nothilfe angekündigt.

Ein französischer Deputierter über die Abstimmung.

Paris, 7. April. Die „Ere Novelle" veröffentlicht einen Bericht des Deputierten Saget, der in Oberschlesien während der Abstimmung gewesen ist und nach seiner Rückkehr nach Paris dem französischen Ministerpräsidenten einen Bericht über seine Eindrücke während des Aufenthaltes im Abstimmungsgebiete vorgelegt hat. Saget schreibt u. a.:

„Am 20. März war in Oberschlesien alles ruhig. Die Polen haben sogar angesichts der Ankunft von 190 000 deutscher Emigranten kaltes Blut bewahrt. Auch das Abstimmungsergebnis ist von den Polen vollkommen ruhig aufgenommen worden, während in Städten die Deutschen zur Offensive übergegangen sind. Dieses Vorgehen erfolgte infolge des Aufrufes des deutschen Reichspräsidenten Ebert, welcher Oberschlesien als eine unteilbare Einheit dargestellt hat. Die Polen werden sich damit niemals einverstanden erklären und über diesen ihren Standpunkt gerade habe ich dem Präsidenten Briand Bericht erstattet. Wir müssen daran denken, daß Deutschland noch nicht entwaffnet ist, solange es die Möglichkeit hat, neue Kanonen und neue Waffen herzustellen. Um Deutschland zu entwaffnen, muß ihm Oberschlesien unbedingt genommen werden."

Neuwahlen in Italien.

Rom, 7. April. Der Senat hat gestern seine Arbeiten beendet. Das königliche Dekret betreffend die Auflösung der Kammer am 6. April ist der Kammer verkündet worden. Nachher wird man in öffentlichen Anschlägen den Termin der Neuwahl-Sitzungen, die wahrscheinlich am 15. Mai stattfinden, kundgeben.

Die „Katholische Volkspartei"

hat letzthin eine Entschließung veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

„Die oberschlesische Bevölkerung möge überzeugt sein, daß unsere Partei nach wie vor unentwegt dafür eintreten wird, daß die Zusicherungen, welche dem oberschlesischen Volk gegeben worden sind, restlos erfüllt werden. Wir sind vor allem entschlossen, die schnellste Durchführung der bundesstaatlichen Selbständigkeit zu erstreben. Wir treten ein für den Schutz und die Pflege der Muttersprache, der deutschen und der polnischen, für die Religion und die christliche Schule, für die Gleichberechtigung aller Oberschlesier, für die Regierung und Verwaltung durch eigene Landsleute.

Wir verurteilen aufs schärfste den von großpolnischer Seite weiter geübten Terror und erwarten von der Interalliierten Kommission, welche den Schutz der gesamten oberschlesischen Bevölkerung übernommen hat, daß sie die schärfsten Maßnahmen zur Zurückweisung dieses Terrors ergreifen wird."

Demgegenüber ist folgendes festzustellen: Als Hörsing in Oberschlesien gewütet hat, da hat sich die „Katholische Volkspartei" ins Mauseloch verkrochen. Sie hat auch nicht dagegen protestiert, als die Polen Nieduruy, Pfarrer Ruda u. a. m. vom Grenzschutz grausam ermordet wurden. Sie hat ferner nichts Durchgreifendes unternommen, um auch unter der Regierung der J. K. die Gleichberechtigung durchzuführen. Erst die J. K. hat dies glücklicherweise getan. Einige Presseorgane der „Katholischen Volkspartei" aber haben die Institutionen der poln. Beiräte in den Schmutz gezogen. Trotzdem sie wußten, daß diese Beiräte dazu da waren, um die Durchführung der Gleichberechtigung zu bewerkstelligen. Dieselben Presseorgane der „Katholischen Volkspartei" haben in dem Abstimmungskampf die polnische Bevölkerung mit den gemeinsten Mitteln bekämpft.

Im übrigen wirkt es lächerlich, wie die „Katholische Volkspartei" für den Schutz und die Pflege der „deutschen" **Mutter**sprache eintreten will. Als deutsche Partei kann sie sich doch nicht der polnischen Sprache bedienen. Im Ernst: Viele ihrer Führer können kein Wort polnisch, an der Spitze der Generalsekretär Ehrhardt in Kattowitz, der aus der Abstimmungspropaganda sattsam bekannte Polengegner. Wie Ehrhardt, so sind eine Reihe der Führer keine Oberschlesier. Sie hätten also allen Grund, den Staub Oberschlesiens von ihren Füßen zu schütteln, um geborenen Oberschlesiern ihre fetten Pöstchen zu überlassen. So wäre wenigstens der „Gleichberechtigung" keine Gewalt angetan.

Weiter: Es ist eine infame Heuchelei, wenn die „Katholische Volkspartei" von einem von „großpolnischer Seite weiter geübten Terror" spricht, kein Wort der Verurteilung aber für den deutschen Terror findet. Eine solche Partei führt den Namen „Katholische Volkspartei" zu Unrecht und sollte schleunigst ihren Namen ändern. Mit einer solchen Partei von politischen Windbeuteln will die polnische katholische Bevölkerung nichts zu tun haben.

Polen.

Die Napoleonfeier in Polen.

Warschau, 3. April. (Pat.) Unter dem Protektorat des Staatspräsidenten, des Vorsitzenden des Parlaments, des Ministerpräsidenten, Kardinals Kakowski, außerdem der Vertreter Frankreichs, des französischen Gesandten Mr. de Panafim und des Chefs der französischen Militärmission General Nessel bildete sich ein Komitee zur feierlichen Begehung des hundertjährigen Todestages Napoleons I. Dasselbe erließ einen Aufruf an das Volk, in welchem auf Napoleon und seine Epoche hingewiesen wird, zugleich wird Bezug genommen auf Napoleons Absicht, Polen wieder zur Selbständigkeit als Herzogtum Warschau zu verhelfen, u. a. heißt es darin: „Die Erinnerungen und Traditionen des napoleonischen Zeitalters verhalfen uns die Stunde der Erlösung aus Sklaverei und Leiden zu erharren. Sie spornten uns zu Taten an. Der Geist dieser Epoche lebte unter uns, nur verhalf uns zu Taten, welche unsere Auferstehung einleitete".

„Die heute mit Frankreich verbündeten Polen feiern am 3. Mai in dem dahingeschiedenen Helden den Bewahrer ihrer eigenen nationalen Ehre. An diesem Tage ehren wir nicht allein den Bezwinger dreier Großmächte, sondern auch den Gedenktag jener unsterblichen Befreiungstaten, welche unsere Vorfahren vollbracht haben, und schließlich das Andenken des napoleonischen Polens.

Polnisch-Englischer Handelsvertrag.

London, 5. April. Hiesige Zeitungen machen bekannt, daß die englische Regierung sich gegenwärtig mit dem Abschluß eines Handelsvertrages zwischen England und Polen befaßt. Die wichtigsten Punkte dieses Vertrages sind bereits ausgearbeitet und es besteht die begründete Aussicht, daß der Vertrag binnen kurzer Zeit den beiden interessierten Staaten vorgelegt wird.

Oberschlesien.

Le Rond in Paris?

Paris, 6. April. General Le Rond, der Vorsitzende der interalliierten Volksabstimmungskommission in Oberschlesien, wird nach dem „Petit Parisien" heute in Paris eintreffen. Seine Anwesenheit werde nur kurz sein; sie hänge aber jeden fallsmit den Arbeiten der Kommission über die Festsetzung der Grenzen in Oberschlesien zusammen. Erst, nachdem General Le Rond nach Oberschlesien zurückgekehrt sein wird, werde die Erörterung über die Grenzfestsetzung beginnen.

Auflösung der Organisation der Verbände „Heimattreuer" Oberschlesier und des deutschen Plebiszitkommissariates?

Beuthen. (E. E.) Aus Breslau berichtet man, daß die Liquidation der V. H. O. sowie des deutschen Plebiszitkommissariats bereits begonnen hat. Die Hohe Interalliierte Kommission hat beiden Organisationen eine weitere Tätigkeit untersagt.

Wir geben diese Nachricht mit allem Vorbehalt wieder, viel eher glauben wir an eine Mauserung.

Gegen die Sophistereien der Deutschen.

Paris, 4. April. Nach den heute aus Washington eingegangenen Nachrichten, enthält die Antwort der Regierung der Vereinigten Staaten auf die deutsche Denkschrift vollständig klare und nicht miß zu verstehende Hinweise, in deren Verfolg die Washingtoner Regierung jetwede Möglichkeit des Eingehens auf die deutschen Klügeleien betreffend Oberschlesien ausschließt.

Man hat hiernach ein Anrecht zu glauben, daß der polenfreundliche Standpunkt Amerikas in Sachen Oberschlesien gesichert ist.

Letzte Drahtmeldungen.

Deutschlands Protestnote — wieder einmal im Papierkorb.

Der Pariser „Temps" meldet, daß das Sekretariat des Völkerbundes sich für nicht zuständig erklärt, die Protestnote Deutschlands gegen die militärische Besetzung des rechten Rheingebietes dem Völkerbund zu unterbreiten, da Deutschland noch nicht dem Völkerbund angehöre.

Die letzten Hoffnungen Deutschlands schwinden.

Paris. Hervee erklärt in der Victoire, Deutschland könne sicher sein, daß, wenn es bis zum 1. Mai d. Js. das Pariser Abkommen nicht unterzeichnet habe, Frankreich mit Ausnahme der im ganzen Lande keine Rolle spielenden französischen Bolschewisten, die Besetzung des gesamten Ruhrgebiets und des rheinisch-westfälischen Industriegebietes verlangen werde. Deutschland könne weder auf die Gefälligkeit Englands oder der Vereinigten Staaten noch auf Meinungsverschiedenheiten bei den Alliierten oder eine kommunistische Revolution in Frankreich oder sonstirgendwo zu rechnen. Auch die letzten Hoffnungen schwinden, daß Deutschland sich durch ein Bündnis mit Sowjet-Rußland Hilfe verschaffen könne.

Frankreich erhält das Mandat zu Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland.

Das Pariser „Journal" meldet zu der Briandschen Rede im Senat, daß Frankreich zu den nach dem 1. Mai gegen Deutschland zu ergreifenden Zwangsmaßnahmen das Mandat der Alliierten erhalten habe.

Frankreich gegen neue Verhandlungen mit Deutschland.

Der „Matin" meldet, daß Frankreich sich in den Meinungsaustausch mit den Alliierten über die Neubesprechung mit den Deutschen gegen eine neuerliche Einladung der alliierten Kabinette an Deutschland ausgesprochen hat.

Entente-Protest an Deutschland.

Paris, 6. April. Der Botschafterrat genehmigte den Entwurf zu einer Note an Deutschland betreffend eine ausgesprochene Verletzung des § 380 des Versailler Vertrags, der die freie Schiffahrt im Nordostsee-Kanal vorsieht. Am 21. März wurde dem von einer französischen Gesellschaft befrachteten englischen Dampfer „Wimbledon" die Einfahrt in den Kieler Kanal unter dem Vorwand (S) verweigert, daß er nach Polen bestimmtes Kriegsmaterial mit sich führe. Nach zehntägigem Warten mußte das Schiff durch den Sund fahren, um Danzig zu erreichen. Es wurde beschlossen, formell gegen solche Verletzungen des Versailler Vertrags zu protestieren, deren Wiederholung nicht geduldet werden würde.

Attentat auf König Karl.

Graz, 6. April. Als gestern abend kurz vor dem Eintreffen des Spezialzuges aus Steinamanger der Triester Schnellzug in die Station Frohnleiten einfuhr, bemerkte der Lokomotivführer, daß das Geleise durch einen Holzblock verrückt war. Er brachte den Zug zum Stillstand, wobei die Lokomotive von dem Holzblock gestreift wurde. Die Station war von einer tausendköpfigen Menge besetzt. Die Passagiere wurden beschimpft und man suchte in dem Zuge nach Exkaiser. Mit einer einstündigen Verspätung setzte der Zug die Reise nach Wien fort.

Die Königswahl in Ungarn am 13. August.

Der englische drahtlose Dienst berichtet, daß ungarische Kabinett habe beschlossen am 13. August Königswahlen auszuschreiben.

Grubenunglück in Südfrankreich.

In dem Bergwerk La Gare in Südfrankreich hat sich gestern ein großes Grubenunglück ereignet. Bei einer Explosion kamen 15 Menschen ums Leben und eine größere Anzahl von Personen wurde verwundet. Von den 15 Toten sind 5 Polen.

Die Lage in England ernst.

Die Ausdehnung des Bergarbeiterstreiks

London, 7. April. Die Transportarbeiter haben den Beschluß gefaßt, sich dem Bergarbeiterstreik anzuschließen. Nach dem „Daily Herald" sollen auch 96 Prozent der Eisenbahner für den Streik sein.

Die Lage sehr ernst.

London, 6. April. In seiner Erwiderung auf das Ersuchen um Eingreifen der Regierung in den Kohlenstreik erklärte Lloyd George im Unterhause, die Regierung sei gewillt, in Verhandlungen einzutreten, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß keine Rede von einer Unterstützung der Kohlenindustrie auf Kosten des Landes oder von einer Aufnahme der Regierungskontrolle sein könne. Aber innerhalb dieser Grenzen gebe es ein weites Feld für die Verhandlungen. Die Regierung sei gewillt, zu tun, was sie könne. Der Verarbeiterbund müsse aber helfen, daß die Bergwerke während der Verhandlungen nicht zerstört würden.

London, 7. April. Im Unterhause hielt Sir Robert Horne eine Rede über die Einstellung der Arbeiten in den Bergwerken und sagte, die Lage sei deshalb besonders so ernst, weil England einen Winter hinter sich habe, der einen außerordentlichen Niedergang im Handel brachte. Der vorige Streik kostete Großbritannien alle Kohlenmärkte, die es sonst heute haben würde. Zum ersten Mal in der Geschichte sei die amerikanische Kohle in großen Mengen nach Europa gekommen. Auch der jetzige Streik führe dazu, daß Amerika Aufträge auf Kohlenlieferungen erhalte. Nichts würde für die Industrie als ganzes verhängnisvoller sein, als die Gewährung von Unterstützungen. Diese könnten nur durch Steuern aufgebracht werden; ein großer Teil des Volkes sei aber bereits mit Steuern überbürdet.

Bereitstellung von Truppen.

Paris, 7. April. Wie man in Paris erfährt, hat die englische Regierung mit Rücksicht auf die innere Lage mehrere Truppenkontingente, die sich im Auslande befinden, zurückberufen, so besonders die 4 Bataillone, die kürzlich mit Rücksicht auf die Abstimmung nach Oberschlesien gesandt worden waren, ferner Truppen aus Malta, Aegypten und Irland.

London, 7. April. „Star" meldet, daß es in den schottischen Grubenbezirken zu erneuten Zusammenstößen zwischen streikenden Bergarbeitern und Arbeitswilligen kam, bei denen Betriebeinrichtungen zerstört und Polizisten und andere Personen verwundet wurden. Demselben Blatte zufolge ist für Heer und Flotte Urlaubssperre verhängt worden. Abwesende Heeresangehörige, sind zu ihren Einheiten gerufen worden. „Evenings News" meldet, daß „Lloyd George" von allen seinen Freunden gedrängt werde, Neuwahlen zu veranstalten unter der Begründung, daß die Bergarbeiter das Schicksal des Landes in seine Hand gelegt hätten.

Chronik.

Ratibor Stadt und Land.

Ratibor. Wie teuer Deutschland die Stoßtruppler zu stehen kommen. Interessant ist es zu erfahren, wieviel die deutschen Stoßtruppler für ihr sauberes Handwerk bezahlt bekommen. Für Sprengen einer polnischen Versammlung erhält jeder beteiligte Stoßtruppler 150—300 Mk. und 50 Mk. für Durchführung einer deutschen Versammlung. Der bekannte Bandit Glowania aus Groß-Peterwitz erhielt als Schmerzensgeld für paar polnische Hiebe 3000 Mk. Judaslohn ist bekanntlich doppelter Lohn. Für schweres Geld lassen sich polnische Oberschlesier von den deutschen Drahtziehern gegen die eignen Landsleute mißbrauchen.

— **Ratibor.** (Deutsche Kulturskizze.) Das brutale und provokatorische Vorgehen der „Heimattreuen" gegenüber den polnisch orientierten Oberschlesiern muß bereits in Bottropp Westfalen die Grenze überschritten haben, da sich schon die Bottroper-Volkszeitung (Zentrumsorgan) man staune nur ein — darüber entrüstet. Sie schreibt u. a.: „Es entspricht nicht dem Ansehen des deutschen Volkes, wenn wir uns zu Unbesonnenheiten den Polen gegenüber hinreißen wollen". Das ist Tote. In der Praxis sieht es aber ganz anders aus. Dies beweisen Tausende von Zuschriften aus allen Ortschaften Deutschlands, daß Terror, Brutalität und Gewaltmaßregeln an der Tagesordnung sind. Zur Illustration der Brief eines Emigranten an seinen Schwager in Wilchwa im Kr. Rybnik, welcher wörtlich lautet:

. . . . . . „Muß Dir doch unsere Erlebnisse von der Fahrt nach hier mitteilen. Glücklich aber mit vielen Hindernissen sind wir unter Schloß und Riegel in Westfalen angekommen. Als wir die oberschlesische Grenze verließen, fingen die Schikanen schon an. In Königszelt wurden uns die Papiere abgenommen. Bis Liegnitz benutzten wir gemeinschaftlich mit den „Heimattreuen" ein und denselben Zug. In Liegnitz kam ein Herr von den „Heimattreuen" und gab uns Befehl den Zug sofort zu verlassen, was wir auch notgedrungen taten. Nun kannst Du dir aber die Schimpfkanonade vorstellen, die von allen Seiten gegen uns einsetzte. Von Liegnitz fuhren wir ohne Unterbrechung bis Berlin, wo wir von der „Schupo" und anderen Hütern des Gesetzes empfangen wurden. Man schleppte uns zum Verhör, da dort eine Anzeige vorlag, wir sollten angeblich die H. O. belästigt haben. Es war aber kein wahres Wort daran, aber die „Heimattreuen" mußten irgend einen Grund angeben, um ihre Rachegelüste an uns stillen zu können. Sie haben dadurch ihren Zweck erreicht. Der ganze Pöbel (pardon, das auf der höchsten Kulturstufe stehende Berliner Volk) schrie, wie vom Teufel besessen: „**Ohren abschneiden, Hals abschneiden, Arme und Beine kaputt brechen**". Endlich wurden wir zum weiteren Transport in Gruppen zu 20 Personen in 4 Abteile der 4. Klasse verladen. Sodann wurden die Abteile, in denen wir uns befanden, bis Minden Westfalen verschlossen gehalten. An Verpflegung dachte kein Mensch. Was wir uns hier in Bottropp noch weiden wird, weiß der liebe Gott allein. Drohungen sind schon gegen uns genug ausgestoßen worden. Man darf den Mut dennoch nicht sinken lassen und muß ihnen entgegnen: „Jeszcze Polska nie zginela"! Hoffentlich wird unser geliebtes Mutterland Schritte unternehmen, damit solche Schandtaten nicht ungestraft bleiben. Sei froh, daß Du dort verblieben bist, denn wir denken alle bald wieder zurückzukehren".

Herzliche Grüße an alle euer K. Kt.

Kommentar überflüssig. Hoffentlich wird die Entente baldigst die Entscheidung treffen, damit wir unsere schwergeprüften Landsleute aus den Krallen solcher Bestien in Menschengestalt befreien. B.

— (**Achtung, polnische Mitbürger!**) Da besonders unsere Landsleute von den deutschen Stoßtrupplern und sogenannte „Heimatstreue" schwere Schäden am Leib und Vermögen erlitten haben und noch immer erleiden, machen wir Euch aufmerksam, daß für alle diese Schäden die politische Gemeinde resp. die Stadt haftet und vollen Ersatz leisten muß.

Man muß den Leibes- oder Vermögensschaden binnen 14 Tagen entweder durch den Advokaten oder durch einen eingeschriebenen Brief mit Rückantwort oder persönlich beim Gemeindevorsteher resp. Bürgermeister anmelden. Daraus entspringt besonders für die polnischen Gemeinden die Pflicht, energisch für Ruhe und Ordnung, vor allem während der Nacht zu sorgen und die provokatorischen, deutschen Elemente aus der Gemeinde entfernen zu lassen.

— **Hultschin**, den 31. 3. (Ratibor bleibt tschecho-slowakisch!) Die tschecho-slowakischen Zeitungen veröffentlichen schon die neue Karte von Oberschlesien. Die Grenze zwischen Polen und der Tschecho-Slowakei bildet da die Oder!

Mit der Zuteilung des linken Oderufers an die Tschecho-slowakei kann somit bald bitterer Ernst werden, wenn wir uns nicht im letzten Augenblick noch energisch regen und das drohende Unglück von uns abwehren.

Verantwortlicher Redakteur: H. Kowalski, Ratibor.